

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riefa
Grenzstr. 22
Postfach 22

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhansdorf, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa befähigter bestimmte Blatt.

Postfach
Riefa 1300
Grenzstr.
Riefa Nr. 22

Nr. 264.

Mittwoch, 13. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlöschen, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Schlußfrist für den Druck: 12 Uhr mittags. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riefa.

Die Dispositionen für Haag.

Wir wissen, daß nur eine Kommission die Arbeiten so zentralisiert erledigt hat, die in der Haager Konferenz aufgelegt wurden. Es ist das Organisationskomitee, das in Baden-Baden verhandelt und zur Zeit eine Beratungskonferenz hat eintraten lassen. Die Reparationsbank hat ihren Rahmen und Inhalt erhalten. Die Statuten sind fertig, die Beteiligung der Mächte, der Aufgabenteilung geregelt. Das Präsidium ist vorgelesen und über den Teil der Bank herrscht einstimmige Meinung. Dagegen hat die Konferenz, die die Ueberleitung der Reichsbahn regeln soll, noch viel zu tun und, wie man hört, in vielen entscheidenden Fragen noch immer Meinungen zu überwinden. Trotzdem glaubt man, sie werde rechtzeitig ihr Programm vorlegen können. Von den Komitees mit untergeordneten Funktionen braucht nicht gesprochen zu werden. Bedauerlich ist aber, daß die Saarverhandlungen, selbst wenn sie schleunigst beginnen sollten, gerade im Anfang stehen, wenn die zweite Haager Konferenz zusammentritt. Man würde fast der Ansicht werden, als ob französischerseits mit der Verzögerung dieser Verhandlungen eine Fortsetzung deutscher Parteien bewußt durchkreuzt wurde. Kamentlich seitens des Zentrums hat man sich ja zu der Forderung bekannt, daß völlige Klarheit über das Saargebiet herrschen müsse, wenn der Youngplan ratifiziert werde. Nach Lage der Dinge wird indessen sehr wenig Klarheit über die Saarfrage vorliegen, wenn die Verhandlungen eine beschleunigte Verabschiedung des Youngplans fordern.

Alles drängt nun aber darauf hin, wie weit auch die Arbeiten der Kommissionen gediehen sind, die zweite Haager Konferenz schon am 2. Dezember zusammenzutreten zu lassen. Wie wir unterrichtet sind, hat dieser Frage der Besuch des deutschen Vorkonferenzen bei Briand geantwortet. Die deutsche Regierung möchte weitere Verzögerungen vermeiden und hat Briand wissen lassen, daß sie die Schlussverhandlungen im Haag selbst dann für ratsam hält, wenn sie auch die Arbeiten der Kommissionen beenden müßte. Welche Zusagen Briand gegeben hat, ist nicht zu erfahren gewesen. Man muß sich da auf die Pariser Meinungen stützen, nach denen der französische Außenminister sich sehr aktiv geworden sein soll. Jedenfalls hat man in Deutschland allen Grund dazu zu disponieren, daß nunmehr die Haager Schlusskonferenz am 2. Dezember ihren Anfang nimmt. Wie man hört, soll die deutsche Delegation, die diesmal noch umfangreicher sein dürfte als das erste Mal, vom Reichskanzler persönlich geführt werden. Und weil die Regierung demnach mit ihrer Arbeit nach dem Haag bereits am 30. November rechnen muß, so ist es begreiflich, wenn sie ein Interesse daran hat, schon vorher den Reichstag zu vertragen. Es schweben Verhandlungen, ihn nicht erst am 27., sondern bereits am 26. November zusammenzutreten zu lassen. Neben der Beratung über das „Vollstreckungs-Gesetz“ wird er noch unwesentliche Vorlagen zu verabschieden haben und alle Anträge und Beschlüsse, die Schwierigkeiten bereiten und lange Debatten fordern, bis zu seiner Zusammenkunft nach Schluß der Haager Konferenz vertragen. Wann der Reichstag wieder zusammenzutreten wird, hängt also ganz von dem Fortgang der Arbeiten im Haag ab. Der Optimismus, daß in zwei Wochen die Verträge unterschrieben sein können, ist nicht recht am Platze, wenn man berücksichtigt, daß gerade die schwierigeren technischen Fragen keine Erledigung in den Kommissionen gefunden haben. Man wird also zu neuer Kommissionsarbeit schreiten müssen und damit den Fortgang der Hauptverhandlungen wesentlich beeinträchtigen. Aber da das Weltmachtsfest drängt, dürfen wahrscheinlich noch wenige Tage vor Weihnachten die große Arbeit getan sein. Demnach aber könnte der Reichstag erst in der ersten Januarwoche zusammenkommen.

Zur Unterredung Hoersch-Briand.

Paris. Ueber die Unterredung des deutschen Vorkonferenzen mit Außenminister Briand berichtet der „Matin“: Man kann annehmen, daß der deutsche Vorkonferenzen auf Grund der kürzlich abgegebenen Erklärungen Lardies und Briands in der Kammer über die Räumungsfrage beauftragt worden ist, die französischen Minister um gemeinsame Aufklärung zu bitten. In Berlin hat man den Sinn der Rede Lardies bekanntlich verstanden. Ein Teil der Presse hat vor allem geglaubt, ihn dahin verstehen zu sollen, daß nach Ansicht des Ministerpräsidenten der Zeitpunkt des 30. Juni 1930, der im Haag für das Ende der Besetzung der dritten Zone vorgesehen war, wegen der Verhältnisse nicht mehr in Frage kommen könne. Briand hat Herrn von Hoersch darauf hingewiesen — wofür ja auch die im Journal officiel erschienenen Berichte sprechen —, daß Lardies keine von der seitigen abweichende Ansicht habe. In den Interpretationen haben der Ministerpräsident und der Außenminister klar und übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Räumung erst nach Zugangssetzung des Young-Plans beginnen könne, und der Ministerpräsident habe hinzugefügt, daß man, wenn die Bedingungen erfüllt seien, räumen werde, ohne die Dinge in die Länge zu ziehen. Der deutsche Vorkonferenzen hat erwidert, daß es in diesem Falle von Interesse wäre, die Formalitäten des Verfahrens zu beschleunigen und an die schnelle Einberufung der zweiten Haager Konferenz zu denken, damit die Unterredung

Der Ministerwechsel im Reichswirtschaftsministerium.

Ein schwerer Anfang für Dr. Curtius.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der neu ernannte Reichsaussenminister Dr. Curtius ist sich darüber klar, daß die von ihm zu vertretende Politik schon gleich zu Beginn seines Amtsantrittes einen schweren Schlag erlitten hat. Der Reichskanzler hatte, als er Herrn Dr. Curtius die vom Reichspräsidenten erfolgte Ernennung zum Außenminister des deutschen Reiches überreichte, diesem erklärt, daß der Herr Reichspräsident die Ernennung vollzogen habe, nachdem ihm seitens des Kanzlers versichert worden war, daß der neue Kandidat die Außenpolitik im Rahmen derjenigen des verstorbenen Ministers Dr. Stresemann führen werde. Dr. Curtius, der sich hierzu schon vor seiner Ernennung bereit erklärt hatte, hatte jedoch vorausgesetzt, daß die im Haag unter der Mitwirkung Dr. Stresemanns zustande gekommenen festen Abmachungen auch in die Tat umgesetzt werden. Diese Voraussetzungen haben sich nunmehr als irrig erwiesen. Wie wir von sehr gut informierter Seite erfahren, hofft man auf Seiten der Reichsregierung immer noch, daß die Regierungen von Italien, England und der Vereinigten Staaten ein ernstes Wortchen nach Paris gelangen lassen werden, wonach die von Briand im Haag unterzeichnete Verpflichtung zur Räumung des gesamten Rheinlandes bis spätestens zum 30. Juni unbedingt innegehalten werden müsse. In den diplomatischen Kreisen jedoch ist man nicht so optimistisch und weist darauf hin, daß man kaum eine Möglichkeit sehe, auf die französische Regierung irgend einen Druck auszuüben. Wenn Briand sich im Rahmen der damals von ihm vertretenen Regierung zur Räumung bis zum 30. Juni 1930 verpflichtet habe, so lasse sich nichts daran ändern, wenn die neue Regierung in Frankreich einen anderen Standpunkt vertritt und diese Räumung von anderen Erfüllungen abhängig mache.

Diese Auffassung ist natürlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die von vorn herein vor einem allzu großen Optimismus gewarnt haben und die immer erklärten, daß das Rheinland bestimmt nicht bis zum 30. Juni nächsten Jahres geräumt sein werde. Es muß aber geradezu als eine Angebereuerklärung bezeichnet werden, daß die Pariser offiziöse Presse klar und deutlich sagt, der Tod Dr. Stresemanns sei ein „nicht erwartetes Ereignis“ gewesen, das der französischen Regierung nunmehr völlig freie Hand lasse. „Den Tod Dr. Stresemanns als willkommenen Anlaß zur Begründung eines Vertragsbruches zu kempeln, ist eine Sache, die doch dem ganzen deutschen Volke zu denken geben sollte.“

Es geht aber zur Zeit nicht so sehr um die Räumung als vielmehr um den Youngplan. Noch ein paar solcher Auftritte in der Pariser Kammer und auch die gesamte deutsche Linke setzt sich für den Volksentscheid ein. Selbst maßgebende Führer der Sozialdemokratie sind durch die neuen Ereignisse wie vor den Kopf geschlagen. Auch der „Vorwärts“ sagt, daß sich nunmehr für die deutsche Linke eine sehr unangenehme Perspektive eröffne. Es scheint fast so, als solle die französische Regierung dafür, daß das deutsche Volk sich in einem Punkte doch noch zusammenfindet: In der Abwehr der neuen ungeheueren Forderungen der Gegner.

Berlin. Am Dienstag verabschiedete sich Minister Dr. Curtius von der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums. In seiner Rede erklärte er u. a.: Zwar ist das Reichswirtschaftsministerium neben seinen großen Aufgaben nur klein, seine Einwirkungsmöglichkeit auf dem Verwaltungsbereich ist gering, die Federführung bei politischen Maßnahmen nicht allzu häufig. Seine wesentliche Aufgabe besteht in einer Art wirtschaftlichen Generalreferats der Reichsregierung. Damit sind bei der steigenden Bedeutung der Wirtschaft für die politische Gesamtführung die Einwirkungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten des Reichswirtschaftsministeriums dauernd gestiegen, seine Aufgaben über die Grenzen eines Industrie- oder Arbeitgeberministeriums hinausgewachsen. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist mir um so angenehmer gewesen, als das Reichswirtschaftsministerium über einen hochstehenden, harmonisch zusammen-

arbeitenden Beamtenschaft verfügt. Es wird mir schwer, von diesem Amte zu scheiden, mit dem ich in einer fast vierjährigen Tätigkeit aufs engste verbunden war. Der Abschied wird mir nur durch das Gefühl erleichtert, daß ich nunmehr in ein Amt übergehe, dessen Aufgaben mit den bisher von mir bearbeiteten Fragen aufs engste zusammenhängen. Eine besondere Freude ist es mir, daß ich meine Nachfolgerschaft in die Hände eines Mannes legen darf, mit dem mich die gleiche Auffassung von Staat und Wirtschaft verbindet. Ich hoffe, daß die Beamtenschaft das Vertrauen, das sie mir stets entgegengebracht hat, auch auf den neuen Minister übertragen wird.

Nach dem Dank für die Begrüßungsworte seines Vorgängers stellte sich Professor Dr. Reibenhauer der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums vor. Ich weiß, so erklärte er, daß es nicht leicht sein wird, die Arbeit eines Mannes fortzusetzen, der seine ganze Kraft und Persönlichkeit in den Dienst seines Amtes gestellt hat, und dem die deutsche Wirtschaft so viel verdankt. Es kann für mich nur in Frage kommen, in dem Geiste weiter zu wirken, in dem mein Freund Curtius das Amt geführt hat. Der Wirtschaft in allen ihren Teilen weiter zu helfen, aufstrebende Strömungen zu verhindern und beizutragen, die auf ihr ruhenden schweren Lasten zu mildern, soll meine vornehmste Aufgabe sein. Ich habe soeben auf meiner Amerikareise erfahren, welche Bedeutung dem Selbstvertrauen der Wirtschaft, dem Optimismus, der nicht sofort nach dem Staate zuflucht, sondern in erster Linie aus sich heraus die Wege zu finden und zu ebnen sucht, zukommt. Das Reichswirtschaftsministerium kann wesentlich dazu beitragen, die Grundlagen für eine ähnliche Einstellung der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Es kann bei der Entfaltung der produktiven Kräfte helfen sowie bei der Beseitigung von Hemmnissen und Schranken wertvolle Arbeit leisten. Wir bei Erfüllung dieser Aufgaben Unterstützung von der Beamtenschaft zu erbitten, ist heute mein besonderer Wunsch.

Nach den beiden Ministerreden ergriff der Vorsitzende des Beamtenschaftsausschusses, Geheimrat Regierungsrat Oagemann, das Wort, um dem scheidenden Minister den Dank für das große Interesse, das er der Beamtenschaft entgegengebracht hat, auszusprechen und um seinen Nachfolger, dem die Beamtenschaft das volle Vertrauen entgegenbringt, herzlich zu begrüßen.

Französische Blätter zur Ernennung von Dr. Curtius.

Paris. Zur Ernennung von Dr. Curtius zum Reichsaussenminister schreibt „Le Peuple“: Man kann mit dieser Ernennung zufrieden sein. Die Locarno-Politik wird unter Dr. Curtius fortgesetzt. Es gibt übrigens keine andere, die Deutschland betreiben kann, ohne sich einer neuen Katastrophe auszusetzen und ohne seine Bemühungen um den Wiederaufstieg nutzlos zu machen. Aber es darf nicht als unwesentlich bezeichnet werden, daß ein Verfechter dieser Politik nunmehr beauftragt worden ist, sie in der Stunde fortzusetzen, in der die Entschcheidungen getroffen werden müssen.

Comme d'habitude führt aus: Als derjenige, welcher die Politik Stresemanns fortsetzt, darf Dr. Curtius von Europa als ein Mann begrüßt werden, der den anderen europäischen Staatsmännern dessen wird, daß Werk von Locarno zu vollenden. Man darf auch hoffen, daß der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Wolbenhaar ein treuer Mitarbeiter von Dr. Curtius bei der Regelung der schwierigen Fragen sein wird, die sich aus der endgültigen Annahme des Youngplans ergeben. Durch die Ernennung dieser beiden Männer hat Deutschland noch einmal eine Eingabe an das Friedenswerk und die Grundzüge von Locarno bewiesen.

Auch „L'Echo de Paris“ ist überzeugt, daß Dr. Curtius die Politik Stresemanns fortsetzen wird. Der neue Reichsaussenminister ähnelt seinem Vorgänger. Er habe eine sehr gute juristische Ausbildung erhalten und besitze eine tiefe Kenntnis der Wirtschaftspraxis. Auch er gehöre der deutschen Volkspartei an. Er habe den Willen, das Völkerbundsstatut zu beachten und den Wiederaufstieg Deutschlands vorzubereiten, und auch er fordere zugunsten Deutschlands den Grundgedanken der Gleichheit der Nationen.

nur noch ein kleines Uebernahmecommando in Koblenz. Das Gebäude der preussischen Regierung am Rhein, das jetzt genau ein Jahre beschlagnahmt war, ist der Reichsvermögensverwaltung wieder übergeben worden.

Frau Soubloff gestorben.

Wonn. (Funkenbruch.) Frau Soubloff, die einstige Primas von Wreschen, ist heute früh 7,30 Uhr im Französischen Spital ihrer Krankheit erlegen.

Wonn. Seit Montag weilt die Schwester der Stanten, die Landgräfin von Hessen, hier; getrennt sind auch der Landgraf von Hessen, Friedrich Carl, sowie Prinz Christoph von Hessen und der jüngere Prinz Richard in Wonn eingetroffen.

Die Räumung von Koblenz.

Koblenz. Die Räumung der Stadt Koblenz schreitet fort. Vom 30. französischen Artillerieregiment befindet sich